

GAP nach 2020: Auftaktveranstaltung zur Erstellung des künftigen Strategieplans

Köstinger: Mehr Leistungen für weniger Geld werden nicht möglich sein

Wien, 13. Mai 2019 (aiz.info). - Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) hat heute den Startschuss für den Gestaltungsprozess der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Österreich nach 2020 gegeben. In der Auftaktveranstaltung zur Erstellung des sogenannten österreichischen GAP-Strategieplans erläuterten Experten rechtliche Vorgaben sowie wissenschaftliche Analysen. Andererseits gab es auch die Möglichkeit, in der Diskussion Standpunkte und Forderungen einzubringen. "Die intensive Phase für die inhaltliche Ausgestaltung des Strategieplans beginnt voraussichtlich im Herbst 2019. Wir wollen dazu in einen gut strukturierten und transparenten Austausch mit den Stakeholdern treten", erklärte **Johannes Fankhauser**, Leiter der Sektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im BMNT. Immerhin dauern auch auf EU-Ebene die Debatten noch an, nachdem sowohl der Rat als auch das Europäische Parlament ihre Standpunkte für die künftige GAP noch nicht endgültig festgelegt haben. Der österreichische GAP-Strategieplan soll nach Verabschiedung der EU-Rechtsgrundlagen bei der Kommission vorgelegt werden, was voraussichtlich gegen Ende des Jahres 2020 der Fall sein soll.

"Die Gemeinsame Agrarpolitik gewährleistet die Versorgung der europäischen Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen, sicheren und vor allem auch leistbaren Lebensmitteln. Für Bäuerinnen und Bauern ist sie eine wichtige Einnahmequelle. Ohne die entsprechende finanzielle Absicherung hat die Landwirtschaft in Europa keine Zukunft", erklärte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger**. Im GAP-Strategieplan sollen die vielfältigen Anliegen der Gesellschaft auch weiterhin berücksichtigt werden. "Aber eines muss hier auch ganz klar gesagt werden: Leistungen für Umwelt-, Natur- oder Klimaschutz und Tierwohl müssen auch ihren Preis haben. Das heißt, mehr Leistungen für weniger Geld werden nicht möglich sein", so Köstinger. Bei den zukünftigen Umweltmaßnahmen müsste der Fokus auf Anreize gelegt und darauf geachtet werden, dass sie möglichst einfach in der Umsetzung seien. "Die Bäuerinnen und Bauern sind bereit, vorausschauend auf die Herausforderungen zuzugehen. Sie haben ein großes Interesse daran, das zeigt die hohe Teilnehmerzahl an unserem Umweltprogramm", unterstrich die Ministerin.

Neue dreistufige Umweltarchitektur

Rudolf Mögele, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der Europäischen Kommission, erläuterte die GAP-Vorschläge der EU-Kommission, die die Behörde im Sommer 2018 präsentiert hatte. So sollen die wesentlichen, derzeit bekannten GAP-Instrumente wie die Direktzahlungen (1. Säule) oder die Ländliche Entwicklung (2. Säule) auch nach 2020 fortgeführt werden. "In Bezug auf die Umweltarchitektur hat die Kommission einen neuen dreistufigen Ansatz gewählt, in dem das Greening als eigenständige Förderkomponente aufgegeben wird. Die erste Stufe wird als erweiterte Konditionalität bezeichnet. Sie umfasst den Bereich ambitioniertere Cross Compliance-Bestimmungen, in dem auch das Greening aufgehen wird", erklärte Mögele. Beispielsweise schlägt die Kommission den Erhalt des Dauergrünlandes auf einzelbetrieblicher Ebene vor, oder die Anwendung eines Instruments zum

Nährstoffmanagement. "Die zweite Stufe stellen die sogenannten Öko-Schemas in der 1. Säule dar: Das sollen einjährige Maßnahmen sein, die inhaltlich den aus dem ÖPUL bekannten Agrarumweltmaßnahmen entsprechen. Der Vorschlag der Kommission sieht vor, dass die Mitgliedstaaten Öko-Schemas anbieten müssen, den landwirtschaftlichen Betrieben die Teilnahme aber freisteht. Die dritte Stufe sind die bewährten Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in der 2. Säule - also in Österreich die ÖPUL-Maßnahmen. Die Umweltarchitektur ist laufend Gegenstand von Diskussionen auf Ratsebene", führte Mögele weiter aus.

Für die Umsetzung der künftigen GAP ist ein neues Modell vorgesehen, bei dem die Mitgliedstaaten sowohl die Maßnahmen der 1. Säule als auch die Ländliche Entwicklung in einem nationalen GAP-Strategieplan bündeln. Dazu schlägt die Kommission zum einen vor, dass sie ihre Zahlungen künftig nicht mehr von der Einhaltung von Bestimmungen abhängig machen wird, sondern von der Zielerreichung. Auf dieser Basis wird die Kommission weniger Kontrollen in den Mitgliedstaaten durchführen. Zum anderen sieht der Vorschlag mehr Subsidiarität für die Mitgliedstaaten vor. Das heißt, dass auf EU-Ebene künftig die grundlegenden Parameter wie die Ziele der GAP, allgemeine Interventionsbereiche und -kategorien oder die Basisanforderungen festgelegt werden sollen. Für die Definition der Details sollen die Mitgliedstaaten allerdings mehr Flexibilität erhalten.

"Der österreichische GAP-Strategieplan wird sich am erfolgreichen ökosozialen Weg mit einer flächendeckenden, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft auf Basis von bäuerlichen Familienbetrieben orientieren und die Vitalität der ländlichen Räume unterstützen. Vom Berggebiet bis hin zum Ackerbau sollen alle Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik berücksichtigt werden. Der GAP-Strategieplan soll die vielfältigen Anliegen der Gesellschaft berücksichtigen, die genauso auch bäuerliche Anliegen sind: Ressourcen-, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, Tierwohl oder der Erhalt der Landschaften. In Bezug auf die Umsetzung wird der Fokus auf eine praktikable Ausgestaltung der Systeme gelegt werden", unterstrich Köstinger.

Weingarten: Gemeinwohlorientierte GAP soll das Ziel sein

Peter Weingarten, Professor und Leiter des Instituts für ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Braunschweig/Deutschland, ist der Meinung, dass die Politik den Rahmen so setzen soll, dass das unternehmerische Handeln der Landwirte gleichzeitig dem Gemeinwohl dient, da der Gedanke der Nachhaltigkeit in den vergangenen Jahrzehnten in Politik und Gesellschaft stark an Bedeutung gewonnen hat. Auch wenn von den GAP-Vorschlägen der EU-Kommission noch nichts beschlossen und vieles noch unklar ist, zeichnet sich ab, dass es weniger EU-Vorgaben und mehr Gestaltungsspielraum für die Mitgliedstaaten geben soll. Es liegt dann an den Mitgliedstaaten, wie sie damit umgehen und diesen nutzen. Das Ziel soll eine gemeinwohlorientierte GAP sein, lautet die Empfehlung von Weingarten.

Sinabell: Höhere Umweltanforderungen durch höhere Wertschöpfung honorieren

Franz Sinabell vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung "hofft" darauf, dass es für die heimischen Bäuerinnen und Bauern gelingt, die höheren Anforderungen an Umwelt und Klima über die Produkte auf dem Markt umzusetzen und dadurch auch eine höhere Wertschöpfung zu erzielen. Denn trotz vielerlei Bedenken der österreichischen Landwirte vor dem EU-Beitritt wurden heimische Produkte nicht wie befürchtet von Waren aus dem Ausland verdrängt. "Die Kunden haben den Mehrwert der Produkte gesehen", so Sinabell.

Zudem habe sich seit dem EU-Beitritt die Qualität der Lebensmittel verbessert, und die Wirtschaft wachse im ländlichen Raum rascher, was es sonst in keinem anderen Land gäbe. "Das liegt daran, dass wir ein starkes Programm der Ländlichen Entwicklung haben, das dazu führt, dass die landwirtschaftliche Produktion auch in entfernteren Regionen aufrechterhalten werden kann, was wiederum Besiedelung garantiert und Geschäftsmöglichkeiten für den Tourismus und die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen in kleinen Regionen ermöglicht. Die Ländliche Entwicklung in Österreich ist ein Erfolgsmodell, wenn es darum geht, diese Dinge umzusetzen", so Sinabell.

Ein interessanter Punkt hinsichtlich der Bruttowertschöpfung in Österreich sei, dass rückständigere Regionen den Abstand zu Regionen mit hoher Wertschöpfung durch eine stärkere Erhöhung der Multi-Faktor-Produktivität verringern konnten. Gäbe es in Österreich keine GAP, hätte sich etwa im alpinen Bereich sowie in Randgebieten wie im Wald- oder Mühlviertel die Produktivität deutlich verringert, erläuterte Sinabell.

Im Vergleich mit der Schweiz - die ihren eigenen Weg gegangen ist - zeigte Sinabell, dass sich in dem Nachbarland zwischen 1990 und 2018 im Gegensatz zu Österreich wichtige Indikatoren wie Produktion und Faktoreinkommen in die negative Richtung entwickelt haben. Bezüglich des Agrarhandels im Betrachtungszeitraum 1990 bis 2018 konnte Österreich von einem niedrigen Ausgangsniveau sowohl die Importe als auch die Exporte kontinuierlich steigern. "Österreich profitiert davon, unser gutes Essen in der ganzen Welt abzusetzen", so der Experte. Dagegen ist die Schweiz laut Sinabell im Außenhandel blockiert und bleibt damit unter ihrem Potenzial.

Moosbrugger: Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft sicherstellen

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, plädierte dafür, auch in der nächsten GAP-Periode die Abgeltung der Leistungen für die heimischen Bauern sowie die Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe sicherzustellen. Dazu zählen Rechtssicherheit für die Bäuerinnen und Bauern, eine stabile 1. Säule zum Risikoausgleich und zur Einkommenssicherung, eine starke 2. Säule mit Fokus auf das Agrarumweltprogramm sowie beispielsweise etwa auf Investitionsförderungen und benachteiligte Gebiete. Moosbrugger spricht sich für mehr Anreize und weniger Sanktionen in der GAP aus und will die Qualitätsausrichtung bei Lebensmitteln mit Instrumenten gegen unlautere Handelspraktiken und für eine klarere Herkunftskennzeichnung vorantreiben. Auch Biodiversität und Klimaschutz haben für den LK-Präsidenten eine hohe Priorität - diese dürften aber nicht allein Inhalt der Land- und Forstwirtschaft sein, so Moosbrugger. *(Schluss)*
hub